



26105 Oldenburg
Altes Rathaus, Zimmer 4
Telefon: 0441 - 235 2686
Telefax: 0441 - 235 2156
E-Mail: cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de

Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Krogmann
Altes Rathaus/Markt 1
26105 Oldenburg

17. November 2023

Verkehrsausschuss am 20. November 2023
Verwaltungsausschuss am 27. November 2023
Ratssitzung am 27. November 2023

---Änderungsantrag---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Schacht,

für die oben genannten Sitzungen stellt die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt:

„Änderung der Gebühren für Bewohnerparkausweise“ (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion vom 05.10.2023)“.

Der Beschlussvorschlag des vorliegenden Antrags wird wie folgt geändert:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung der Gebühren für Bewohnerparkausweise vorzubereiten. Darin werden die Gebühren für die Bewohnerparkzonen A bis F ab dem 01.01.2024 bis auf Weiteres pauschal auf 120 Euro pro Jahr festgesetzt. Die Auswirkungen der Erhöhung werden im Laufe der nächsten zwölf Monate ausgewertet.

Begründung:

Seit Inkrafttreten der neuen Landesverordnung können die Kommunen eigene Gebührenordnungen für Anwohner-Parkausweise erlassen und den bisherigen gesetzlichen Höchstsatz von 30,70 Euro pro Jahr überschreiten. Eine moderate Erhöhung auf 120 Euro im Jahr hält die CDU-Fraktion für erforderlich und angemessen.

Eine weitere Anhebung auf 200 Euro bereits ein Jahr später, wie sie von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD gefordert wird, lehnt die CDU-Fraktion ab. Denn sie belastet die Anwohnerinnen und Anwohner auch mit Blick auf die allgemeinen Kostensteigerungen unverhältnismäßig.

Dadurch werden die Betroffenen, vor allem Mieterinnen und Mieter in Bestandsgebäuden, im wahrsten Sinne Übergebühr zur Kasse gebeten. Das ist unsozial und dürfte weitere unerwünschte Effekte nach sich ziehen. Denn bei einer derartigen Erhöhung würde der Suchverkehr in den angrenzenden Straßen vermutlich deutlich steigen und zu Verdrängungseffekten in der Konkurrenz um Parkflächen führen. Daher tritt die CDU-Fraktion für eine einmalige Anhebung von umgerechnet zehn Euro pro Monat ein.

Eine Evaluation im ersten Jahr kann die erforderlichen Erkenntnisse über die Konsequenzen dieser Maßnahme liefern und bei Bedarf Empfehlungen zu einer möglichen Nachsteuerung bieten.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Baak

Dr. Esther Niewerth-Baumann